

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Sonntage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstbestellung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk., durch andere Verleger wöchentlich 50 Pfg., monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk., bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten sowie unsere Abonnenten und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle späterer Änderung — druck oder postular ungewöhnlicher Erhebungen der Preise der Zeitungen, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezucker seinen Willen auf Lieferung oder Nichtlieferung der Zeitung oder auf Kündigung des Bezugsvertrages. Sonst hat der Abonnent in den obgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet in beträchtlichem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsleitung oder die Druckerei. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Drucker: Druckerei: Berlin E 30, 46.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 57.

Sonnabend den 9. März 1918

77. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Torfpreßsteine.

Die Ausgabe der angemeldeten Torfpreßsteine erfolgt Montag den 11. d. M. vormittags von 9—12 Uhr gegen sofortige Bezahlung in Seurichs Ziegelei.

Wilsdruff, am 8. März 1918.

Stadtrat Wilsdruff — Ortskohlenstelle.

Sonnabend den 9. d. M. von 9—11 Uhr vormittags Ausgabe von Petroleumbezugsmarken im Lebensmittelamt.

Wilsdruff, am 7. März 1918.

Der Stadtrat.

Eier-Abgabe.

Die Abgabe von Eiern an die Inhaber von Eierkarten auf die Versorgungszeit vom 4. bis mit 31. März erfolgt am 9. März in den Geschäften. Es kommen auf jede Person 2 Stück. Preis: 38 Pfennig das Stück.

Wilsdruff, am 8. März 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Fleischverkauf

Sonnabend den 9. März 1918 von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr gegen Vorlegung und Abstempelung der Fleischbezugsscheine an alle Inhaber in den auf den vorgelegten Bezugsscheinen festgesetzten Mengen.

Auf Nr. 477—1405 und 1—85, ausgenommen die A-Karten, kann die doppelte Menge gegeben werden.

Von nachmittags 3 Uhr ab

Feintalg-Verkauf.

je 20 Gramm, gegen Vorlegung und Abstempelung der grauen Lebensmittelkarten. Nr. 2462—2537 bei Bretschneider, Nr. 2638—2688 bei Rohne, Nr. 2689—2762 bei Neubert, Nr. 951—1150 bei Schirmer, Nr. 1151—1200 bei Lange.

Wilsdruff, am 8. März 1918.

Der Vorsteher des Fleischversorgungsbezirktes.

Verteilung von Marmelade.

Anmeldung und Abgabe des grünen Warenbezugsscheines Nr. 16 und des gelben Warenbezugsscheines Nr. 30 am 9. März 1918.

Abgegeben werden

300 Gramm Marmelade für 54 Pfennig.

Verkaufstage werden noch bekannt gemacht. Die Verkaufsstellen haben die Bezugsscheine am 11. März bis vormittags 11 Uhr einzureichen

Wilsdruff, am 8. März 1918.

Der Lebensmittelvorsteher.

Erfolgreiche deutsche Erkundungen im Westen.

Ein starkes Stück!

Bekanntlich ist der deutsche Preisendampfer „Jagob-Mendi“, das Begleitschiff des „Wolf“, im Sturme bei Kap Skagen gestrandet. Die dänische Regierung hat dem Dampfer und seiner Besatzung gegenüber eine Haltung eingenommen, die als eine mehr als einseitige Auffassung der Neutralitätspflichten in Deutschland außerordentliches Befremden und Entrüstung erregt hat. Statt dem gestrandeten Dampfer, wie es einfache, durch keinerlei Neutralitätsrückichten zu beeinträchtigende Menschenpflicht gewesen wäre, mit allen Mitteln beizuhelfen, hat die dänische Regierung einem, wegen der Gefährlichkeit der Gewässer bei Kap Skagen stationierten, dänischen Dampfer die angebotene Hilfeleistung verboten. Darüber hinaus hat die dänische Regierung sogar die Befragung des Dampfers „Jagob-Mendi“ in ihren Bemühungen, mit eigener Kraft loszukommen, dadurch behindert, daß sie einen an Land gekommenen Offizier der Besatzung, der sich mit deutschen Behörden in Verbindung setzen wollte, festgenommen und interniert hat. Was dänischerseits zur Rechtfertigung dieses Vorgehens angeführt wird, hält ernsterer Prüfung nicht stand. Kein Völkerrecht verbietet Hilfeleistung an einem in Seerott gekommenen Schiff, auch wenn es ein Preisenschiff ist, und noch weniger fordert es die Internierung eines an Land gekommenen Mitgliedes der Besatzung zu dem Zwecke, Verbindung mit den heimischen Behörden herzustellen. Denn das bedeutet eine Behinderung der Selbsthilfe, die nach der ungeschicklichen Handlungsweise der dänischen Regierung um so schärfer zu verurteilen ist.

Es ist mehr als merkwürdig, daß die dänische Regierung hinsichtlich ihrer Neutralitätspflichten eine so außerordentlich weitgehende Zartfertigkeit bekundet, wenn es gilt, unseren Feinden damit gefällig zu sein, daß dieses Zartgefühl aber völlig schweigt, wenn es sich um Neutralitätspflichten Deutschlands gegenüber handelt. So hat bemerkenswerter Weise die dänische Regierung keinen Anstoß daran genommen, zuzulassen, daß dänische Handelschiffe unseren Feinden zur Verfügung gestellt werden, obwohl der Schiffraum in diesem Kriege ein entscheidender Kriegsfaktor geworden ist und die Herabgabe von Handelschiffen an einen der Kriegführenden daher einen offensiblen Verstoß gegen die Pflichten der Neutralität darstellt. Es scheint, daß die Rücksicht, die die Notlage der Neutralen gegenüber der Vergewaltigung durch die Entente deutscherseits gefunden hat, in Dänemark mißverstanden und als ein Zeichen von Schwäche gedeutet wird, während sie im Gegenteil nur ein Ausfluß der Geduld des Starken ist.

Möge man sich in Dänemark des Ernstes der Lage bezüglich des „Jagob-Mendi“ bewußt sein. Handelt es sich auch nur um 20 deutsche Seeleute, so gehören sie doch zu einer Schar, auf die ganz Deutschland stolz ist, für die einzutreten

Volk und Regierung als eine Ehrenpflicht betrachtet und die es keinesfalls willfährlichen Völkerrechtsauslegungen zu opfern gedenkt. Sollte die dänische Regierung tatsächlich in gutem Glauben geirrt haben, so ist es hohe Zeit, daß sie das einsieht und unter Heranziehung berufener Ratgeber den Weg zur echten Neutralität zurückfindet.

Selbstverständlich hastet sie für den Deutschland bisher durch ihr Verhalten erwachsenen Schaden. Hinter dem Protekt, den die deutsche Regierung in der Angelegenheit an Dänemark gerichtet hat, steht zweifellos geschlossen das deutsche Volk. Daß gerade der jetzige Augenblick für derartige Neutralitätsexperimente unglücklich gewählt ist, hätte man sich dänischerseits selbst sagen können.

Der Krieg zur See.

Neue U-Boot-Erobie.

Berlin, 7. März.

Amtlich wird gemeldet: Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 21 000 Dr.-Reg.-Tz. Dampfer und Dampfer zerstört.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Whiteneur“ (3800 Dr.-Reg.-Tz.) mit Kohlenladung, ferner zwei bewaffnete Dampfer von 5000 und 4000 Dr.-Reg.-Tz. Ein Dampfer hatte Erz und Holz für England. Die Erfolge wurden zum größten Teil in der Irischen See erzielt.

Der Chef des Admiralkobes der Marine

Ein englischer 17 500-Tz.-Dampfer versenkt.

Der Dampfer „Calgarlan“ (17 500 Dr.-Reg.-Tz.) der früher der Allan-Vinie gehörte und im Jahre 1914 gebaut wurde, ist einer Neutermeldung gemäß Freitag nacht an der Irischen Küste versenkt worden. Er trug mehrere Torpedos auf das Schiff abgefeuert wurden. Die verlor, führte das Schiff eine Besatzung von 100 Mann und hatte außerdem 150 Matrosen der Kriegsmarine an Bord.

Die Beute der Mittelmächte.

Am ganzen bestückt sich die Beute der Mittelmächte seit dem 1. Dezember 1917 auf 120 448 Gefangene, 3638 Geschütze, 7103 Maschinengewehre, 86 Grabenwaffen, 128 000 Gewehre, viele tausend Fahrzeuge, darunter 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos, mehrere Millionen Schuß Artilleriemunition, zahlreiche Tanks, 47 Panzermotor- und Lazarettboote, 30 Lokomotiven, 8000 meist mit Proviant beladene Eisenbahnwagen. Dazu unermessliches Kriegsgesetz, zahllose Feldbüchsen mit Zubehör und dergl. Diese ungeheuren Zahlen gewinnen vor allem an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Zahl der 3638 Geschütze bei weitem den Friedensbestand sämtlicher deutschen Armeekorps an Feldartillerie übertrifft, während die Zahl der 7103 Maschinengewehre ein vierfaches darstellt von dem

was an dieser Waffe bei Kriegsausbruch in Deutschland vorhanden war. Rechnet man die Tausende von Geschützen und Maschinengewehren aus der Offensive gegen Italien hinzu, so kann man den ungeheuren Kraftzuwachs ermessen, der den Mittelmächten aus ihren Siegen zufließen ist, und den Argern Englands und Frankreichs, von wo die erbeuteten Waffen kommen, vollauf würdigen.

Einmarsch Japans in Sibirien.

Ein Krieg ohne Kriegserklärung.

Nach dem militärischen Zusammenbruch Rußlands und der Ausbreitung des Bolschewismus in Sibirien hat Japan erklärt, es würde, natürlich im Einvernehmen mit den Verbündeten, im fernem Osten für Ruhe sorgen. Nur mit Widerstreben hat die Entente eingewilligt, eine formelle Einwilligung Amerikas liegt nicht vor. Gleich-



wohl bezieht sich Japan, die Ernte in die Scheuern zu bringen. Die russische Blätter melden, befinden sich mehrere japanische Infanterieregimenter bereits auf dem Marsch nach Irkutsk. Die Japaner scheinen nicht mit eigenen Truppen vorzugehen zu wollen, sondern sie haben chinesische Truppen zur Verfügung, die sie bei den Operationen von Charkow aus benutzen wollen. Alle Eisenbahnlinien, die Eisenbahn- und Telegraphenstationen sind teils von den Chinesen, teils von den Japanern besetzt. In Mladjowski und Charkow regieren jetzt schon die Japaner. Die Bolschewiki-Behörden wurden abgejagt. Die russischen Familien vertriehen nach Rußland zu flüchten, es ist ihnen dies aber wegen der strengen Kontrolle der Japaner unmöglich. Sowohl in Charkow, wie in Mladjowski herrscht im übrigen vollkommene Ruhe.

Wilson's Außenpolitik.

Wie das „Echo de Paris“ aus Washington meldet, arbeitet die amerikanische Regierung darauf hin, die